

Nr. XIX.GP-NR 1305 1J
1995-06-19

ANFRAGE

der Abgeordneten Mühlbachler
und Kollegen
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend neue Belastungen durch Einhebung eines
Arbeitsmarktförderungsbeitrages

In einem Interview in der Tageszeitung "Die Presse" hat der Sozialminister seine Pläne bekanntgegeben, ab 1997 einen Arbeitsmarktförderungsbeitrag in der Höhe von ein paar Zehntelpunkten des Bruttoeinkommens einzuführen.

Diese neue Belastung sollen - nach den Plänen des Sozialministers - all diejenigen zu tragen haben, die derzeit keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge zahlen, also Beamte, Selbständige, Bauern und freiberuflich Tätige.

Angesichts dieser neuen Belastungsideen des Sozialministers stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

ANFRAGE

1. In welcher Höhe soll diese neue Steuer von wem ab wann eingehoben werden?
2. Wie hoch schätzen Sie den Ertrag dieser neuen Steuer?
3. Wofür sollen die Einnahmen aus dieser neuen Steuer verwendet werden?
4. Wie begründen Sie das Abgehen vom Versicherungsprinzip bei Sozialbeiträgen und das Übergehen auf das Steuerprinzip?
5. Welche Einsparungsmöglichkeiten sehen Sie in Ihrem Bereich, wenn der soziale Mißbrauch energisch bekämpft würde?